

Vom demografischen Wandel überfordert

Sachverständigenrat: Gesundheitswesen nur unzureichend auf immer mehr ältere Patienten eingestellt

VON TIMOT SZENT-IVANYI

BERLIN. Das deutsche Gesundheitswesen ist nur unzureichend auf die immer älter werdende Gesellschaft eingestellt. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten des Sachverständigenrates für das Gesundheitswesen, das gestern Ministerin Ulla Schmidt (SPD) übergeben wurde. Die Gutachter beklagen unter anderem Defizite bei der medizinischen Versorgung älterer Menschen, die in der Regel an mehreren Krankheiten leiden. Angesichts des demografischen Wandels prognostizieren die Experten einen zunehmenden Mangel an Ärzten und Pflegekräften.

Nach Angaben der Gutachter leiden zwei Drittel der über 65-jährigen an mindestens zwei chronischen Erkrankungen („Multimorbidität“). Häufig würden diesen Patienten falsch behandelt: „Multimorbidität ist mehr als die Summe der einzelnen Erkrankungen“, schreiben die Autoren. Sie kritisieren, dass es trotz der steigenden Bedeutung von Mehrfacherkrankungen nur sehr wenige Leitlinien gibt, die sich auf ältere Patienten mit chronischen Krankheiten beziehen.

Zu viele Tabletten

Das führt laut Gutachten unter anderem dazu, dass die Zahl der Arzneimittelverordnungen steigt: 35 Prozent der Männer und 40 Prozent der Frauen über 65 erhalten

neun und mehr Wirkstoffe in Dauertherapie. „In diesem Kontext bilden unerwünschte Arzneimittelwirkungen ein Kernproblem der Versorgung alter Menschen“, heißt es in dem Gutachten. Um die Arzneimittelsicherheit zu erhöhen, wird unter anderem die Erstellung von Listen mit problematischen Medikamenten vorgeschlagen.

„Wir müssen Lösungen finden, damit auch die steigende Zahl älterer Menschen medizinisch gut versorgt werden kann“, sagte Gesundheitsministerin Schmidt. In dem Gutachten wird auch festgestellt, dass vor allem die hausärztliche Versorgung auf dem Land und in armen Stadtvierteln in Gefahr ist. Nachwuchsmangel und der höhere Bedarf durch die wachsende Zahl von älteren Menschen seien hierfür die Gründe. Nach Erwartungen der Experten wird es jedoch zu einer regional unterschiedlichen Entwicklung kommen. So wird in Berlin 2050 auf 1,5 Erwerbstätige ein Rentner kommen. In Brandenburg beträgt dieses Verhältnis dann schon 1,1. Zum Vergleich: Heute kommt im Bundesdurchschnitt ein Rentner auf 3,1 Erwerbstätige.

Um den Ärztemangel zu lindern, fordern die Gesundheitsexperten zusätzliche Anreize. Unter anderem müssten die Honorare der Hausärzte im Vergleich zu anderen Medizinern aufgebessert werden. Pau-

schalvergütungen sollen zudem dazu führen, dass sich die Ärzte auch um die Prävention und nicht nur um Heilung kümmern.

Auch bei der Pflege sieht der Rat Probleme: Er geht davon aus, dass die Zahl der Pflegebedürftigen von aktuell 2,2 Millionen 2050 auf mindestens 3,5 Millionen steigen wird. „Trotz einer deutlichen Ausweitung des Angebots an Pflege in den letzten Jahren bestehen begründete Zweifel, ob diese Kapazitäten den erwarteten Bedarf decken können“, sagen die Experten voraus.

Wirksamer Kinderschutz

Das Gutachten beschäftigt sich auch mit der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Hier fordern die Autoren vor allem wirksamere Maßnahmen zum Kinderschutz. Vernachlässigung sowie physische und psychische Gewalt gegen Kinder stellten nach wie vor ein sehr gravierendes Gesundheitsproblem dar, sagte der Vorsitzende des Sachverständigenrats, Eberhard Wille. Die Früherkennungsuntersuchungen (U1 bis U9 sowie J1) seien nicht geeignet, Kindesmisshandlung oder -vernachlässigung zu erkennen und zu verhindern, beklagte er. Kritisiert wird in dem Gutachten zudem der zu starke Einsatz von Medikamenten bei der Behandlung des „Zappelphilipp-Syndroms“ (ADHS).

Heimbewohner oft schlecht ernährt

Knapp zwei Drittel der Senioren in stationären Einrichtungen der Altenpflege sind einer Studie zufolge von Mangelernährung betroffen oder gefährdet. Besonders die Versorgung mit Vitamin D sei mangelhaft, so die Deutsche Gesellschaft für Ernährung.

Auch die Zufuhr von Vitamin E, Vitamin C, Folat, Kalzium und Magnesium sei bei vielen Alten- und Pflegeheim-Bewohnern deutlich zu gering. Sie bekämen zu viel Fett und Zucker und zu wenig komplexe Kohlenhydrate, heißt es im Ernährungsbericht 2008.

Je 30 Prozent der Heimbewohner leiden gelegentlich unter Appetitlosigkeit, essen oder trinken auffällig wenig oder trinken nur nach Aufforderung. An der Studie nahmen 773 Bürger über 65 Jahre aus zehn Altenheimen in sieben Bundesländern teil.

